



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

2/XVI/158 - 17. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 5

Appell an das Weltgewissen

230

Gedanken zur neuen Sozialerzyklika des Papstes

Von Peter Wellen, MdB

4 - 5

Gegen die Hetzer!

60

Die Österreichischen Sozialisten und Südtirol

Von Oskar Pollack,

Chefredakteur der "Arbeiter-Zeitung" - Wien

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

5

Selbstenttäuschung

30

SED rechnet mit hundertjähriger deutscher Spaltung

6

Dortmunder Kleinholz

51

Von Franz Barsig

* * * * *

Appell an das Weltgewissen

Gedanken zur neuen Sozialenzyklika des Papstes

Von Peter Nellen, MdB

In seinem Weltrundschreiben, das mit den Worten "Mater et Magistra" - Mutter und Lehrmeisterin - beginnt, nimmt Papst Johannes XXIII. Stellung zu der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart im Sinne der christlichen Gebote. Er knüpft dabei an die grossen Sozialenzykliken *Rerum Novarum* von Leo XIII. und *Quadragesimo Anno* von Pius XI. an.

Erwartungsgemäss wird in der neuen Enzyklika den verschiedenen sozial-politischen Systemen der Spiegel einer christlich-katholischen Soziallehre vorgehalten, in dem sie deutlich erkennen können, ob sie für den Katholiken annehmbar sind, ob er in ihnen gesellschaftspolitisch und politisch mitarbeiten kann. Der Kommunismus wird verständlicherweise radikal abgelehnt. Ein ebenfalls abzulehnender Sozialismus ist so klar charakterisiert, dass, um nur einige Beispiele zu nennen, der demokratische Sozialismus etwa in England, Skandinavien, Deutschland, Österreich, der Schweiz sich - um es bescheiden zu sagen - in keiner Weise betroffen fühlt. Der Erweis im einzelnen dafür wird in der nächsten Zeit in gewiss unvermeidlichen Diskussionen überzeugend erbracht werden können.

Die ganze Enzyklika wird ohne jeden Zweifel starke Bewegung bringen auch in die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen, Pläne und Ziele der Bundesrepublik, ihrer Regierung, der bisherigen Mehrheitspartei und der Vorstellungen der Opposition, die sich weitgehend verstanden - um nicht zu sagen ermuntert - fühlt.

Die Katholische Kirche und ihr Oberhaupt haben durch diese Enzyklika unter Beweis gestellt, dass sie auch in unserer Zeit von einer hohen moralischen Autorität sind, die für unsere heutige Gesellschaft mit ihren weltweiten Aufgaben und Nöten nicht zu entbehren ist.

Rückblick auf eine Epoche

In einem kurzen, pointierten Rückblick lässt der Papst zuerst die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Situation des ganzen Zeitraumes Revue passieren. Die liberal-kapitalistische Wirtschaftsauffassung kennt als einzigen Antrieb das Gewinnstreben des Einzelmenschen und als alleiniges Gesetz der wirtschaftlichen Beziehungen den schrankenlos freien Wettbewerb. Kapitalzins, Preise für Waren und Dienste, Gewinne und Löhne sind ausschliesslich den Marktgesetzen unterworfen. Eingriffe des Staates auf dem Feld der Wirtschaft werden radikal abgelehnt, und die Vertretung des so wichtigen Faktors Arbeit durch die Gewerkschaften wird entweder verboten, nur geduldet oder als privatrechtlich gestattet. Es herrscht das Recht des Stärkeren bis zur Ausformung in eine Alleingeltung sich anmassende Wirtschaftstheorie. Das Ergebnis ist eine bis in die Wurzeln verkehrte Wirtschaftsordnung: unermessliche Reichtümer in den Händen Weniger, zunehmende Verelendung der arbeitenden Schichten bei Hungerlöhnen und unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Demgegenüber kann sich die Kirche nicht darauf beschränken, den Armen Ergebung, den Reichen herablassende Mildtätigkeit zu predigen.

Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls kann sich nicht aus der Welt der Wirtschaft heraushalten. Er muss die Rechte besonders seiner schwächeren Bürger schützen und tätig dazu beitragen, die Lebensbedingungen

der ungeheuren Masse der modernen Lohnarbeiterschaft zu bessern. Den Arbeitern selbst wird das volle Koalitionsrecht auch in eindeutig gewerkschaftlicher Form zur Vertretung ihrer wirtschaftlich-beruflichen Interessen zugebilligt.

Die Vermachtung der Wirtschaft

Die Wandlungen der sogenannten freien Marktwirtschaft werden verzeichnet, aber auch die andere vielleicht noch grössere Gefahr unserer heutigen Zeit: die Vermachtung der Wirtschaft, die Verwandlung des reinen Gewinnstrebens in ein noch gefährlicheres zügelloses Machtstreben. Sie liefert die staatliche Gewalt dem Dienst der mächtigen Gruppeninteressen aus und endet bei einem internationalen Finanzimperialismus.

Für den Papst ist es unbezweifelbar, dass die Wirtschaft sachlich und historisch zwar der privaten Initiative entspringt, aber die Einzelnen immer in der Verwirklichung gemeinsamer Interessen tätig sind. Zugleich muss aber auch die staatliche Gewalt ständig gegenwärtig sein, wenn die Fortschritte in der Produktion auch den sozialen Fortschritt fördern und allen Genossen der Gesellschaft und Bürgern des staatlichen Gemeinwesens zugute kommen sollen. Diese staatliche Tätigkeit der Förderung, des Anreizes und der Wahrung einer Gesamtordnung hat die Initiative des einzelnen wirtschaftenden Menschen und der wirtschaftenden Gruppen so zu achten, dass ihnen nichts entzogen wird, was sie sinnvollerweise selbst leisten können. Die Kraft des Einzelnen ist zu Ende, wenn es darum geht, grössere Gleichgewichtsstörungen zu mildern, die Pendelschläge der Konjunkturschwankungen in der gesamten National- und Weltwirtschaft zu begrenzen, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Das verpflichtet die staatliche Gewalt, in vielfacher Weise im Bereich der Wirtschaft tätig zu werden.

Zwischen Anarchie und Tyrannismus

Andererseits ist zu beachten, dass dort politische Tyrannei eindringt, wo die persönliche wirtschaftliche Initiative grundsätzlich ausgeschlossen oder unterdrückt wird. Und um es noch einmal deutlich zu sagen: wo der Staat in seinem ihm zugewiesenen Kreis der Gesamtordnung nicht tätig wird, da herrscht unheilbare Anarchie, Ausbeutung der Schwachen durch gewissenlose und ungehemmte Stärkere.

Als ein typischer Zug unserer Zeit wird die Vergesellschaftung bis in ihre rechtlichen Ausformungen (Institutionalisierung) nicht nur klar gesehen, sondern auch anerkannt. Als ein fast unwiderstehliches natürliches Streben der wirtschaftenden Menschen, im Zusammenschluss Ziele zu erreichen, welche die dem Einzelnen verfügbaren Möglichkeiten und Mittel weit übersteigen.

Der Papst stellt sehr klar die Frage, ob man daraus schliessen müsse, dass die nach Umfang und Intensität mit Sicherheit noch zunehmende Vergesellschaftung notwendigerweise den Menschen in einen Automaten verwandle. Er beantwortet sie mit einem klaren **N e i n**, vertritt positiv die Überzeugung, dass diese notwendige Vergesellschaftung in einer Weise verwirklicht werden kann, die der Freiheit und Verantwortlichkeit im Zusammenspiel mit den Gesetzen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, damit der personalen Würde des Menschen, Raum lässt.

Störungen im sozialen Gleichgewicht

Mit tiefster Bitterkeit stellt der Papst fest, dass unzähligen Arbeitern in vielen Ländern und ganzen Kontinenten ein Lohn gezahlt wird, der ihnen selbst und ihren Familien unmenschliche Lebensbedingungen aufzwingt, während andererseits im krassen Gegensatz zu diesem äussersten Elend der Überfluss und hemmungslose Luxus weniger Privilegierter zum Himmel schreit. Die vielfach unzureichende Vergütung der Arbeitsleistung steht in keinem Verhältnis zu dem Beitrag, den die Arbeiterschaft für das Gemeinwohl leistet, häufig nicht zum Gewinn der einzelnen Unternehmungen oder dem Gesamtprodukt der Volkswirtschaft. Es muss als entscheidender Grundsatz gelten, dass der soziale Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen muss, so dass am wachsenden Sozialprodukt alle Bevölkerungsschichten vollen Anteil haben. Nur so können Störungen des sozialen Gleichgewichts verhindert oder zumindest möglichst vermindert werden. Die echte Wohlstandsordnung eines Volkes wird keineswegs allein bestimmt durch die Gesamtmenge von Gütern, die es in seiner nationalen Wirtschaft erzeugt, sondern ebenso durch deren wirksame Umverteilung.

Konkret wird festgestellt, dass vor allem die mittleren und grossen Unternehmen häufig eine schnelle und gewaltige Ertragssteigerung erreichen, besonders durch Selbstfinanzierung. Diese Unternehmungen sollten entsprechende Ansprüche ihrer Arbeiterschaft anerkennen. Die Arbeiter sollten in wirklich angemessener Form und Höhe zur Teilnahme am Eigentum des Betriebes gelangen können. Heute ist es mehr denn je notwendig, dass die grossen Gewinne sich nicht nur in den Händen der Besitzenden anhäufen, sondern an alle verteilt werden, die das Sozialprodukt durch ihre Arbeit schaffen.

Forderungen des Gemeinwohls

Als Forderung des Gemeinwohls in den nationalen Wirtschaften ist die Vollbeschäftigung anzustreben, privilegierte Gruppen - auch von Arbeitern - sind zu vermeiden, das Verhältnis von Löhnen und Preisen muss ausbalanciert werden und der Wohlstand muss einer grösstmöglichen Zahl von Wirtschaftsbürgern zugänglich sein. Dem Gleichgewicht der einzelnen Wirtschaftszweige ist die grösste Aufmerksamkeit, vor allem der öffentlichen Hand, zuzuwenden.

In unserer immer mehr zusammenwachsenden und in gegenseitiger Abhängigkeit und Verbindung lebenden Welt ist die Zusammenarbeit der nationalen Wirtschaften, auch zur Entwicklung der

wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Staaten, in einer internationalen Ordnung eine der grössten und dringendsten Aufgaben.

Den kleinen und mittleren Eigenunternehmen in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie müssen vergleichbar günstige Chancen geboten werden, wie der Industrie, und zwar besonders mittels genossenschaftlicher Vereinigungen. Die Grossunternehmungen sollten ihren Beschäftigten die Möglichkeit bieten, das reine Arbeitsverhältnis und den Arbeitsvertrag durch das Verhältnis der Teilhaberschaft und des Gesellschaftsvertrages weiterzuentwickeln.

Für Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer

Das Verlangen der Arbeiter, sich aktiv an der Gestaltung der Unternehmen zu beteiligen, ist voll berechtigt. Es ist immer legitim, sowohl in den Unternehmen privater wie öffentlicher Art. Sie haben Stimme und Einfluss geltend zu machen, zum guten Funktionieren und zur Entwicklung der Betriebe. Ganz abgesehen davon, dass die wirtschaftende Tätigkeit auch unselbständige Arbeit nicht gänzlich dem Willen der Unternehmensleitung unterworfen sein kann - und zwar wegen der Würde des arbeitenden Menschen - wird besonders hervorgehoben, dass Teilhabe und Ausübung der Verantwortung durch die Arbeiter auch im Einklang stehen mit unserer heutigen geschichtlichen Entwicklung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die heute ungleich höhere beruflich technische Fähigkeit der Arbeiterschaft begünstigt die Übernahme grösserer Verantwortung in der Form der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Die ständige Entfaltung der Arbeitervereinigungen und ihre Anerkennung durch die Rechtsordnung lässt es dem Papst zweckmässig oder sogar notwendig erscheinen, dass die Mitbestimmung der Arbeiter auch zum Zuge kommt und sich Beachtung verschafft über den einzelnen Wirtschaftsbetrieb hinaus, auf allen Ebenen.

Die wichtigsten Entscheidungen, die vor allem die Gesamtordnung der nationalen Wirtschaft beeinflussen oder sogar bestimmen, fallen auf der Ebene der staatlichen Gewalt oder sogar überstaatlicher Einrichtungen. In all diesen Einrichtungen und Gremien ist es zweckmässig und notwendig, dass neben dem Kapital auch die Arbeiterschaft vertreten ist. In diesem Zusammenhang wird vom Papst nicht nur - verständlicherweise - die Arbeit Christlicher Gewerkschaften gewürdigt, sondern in gleicher

Weise die der freien Gewerkschaften und die Mitarbeit von Katholiken in diesen.

Der Papst wendet sein besonderes Augenmerk auch dem Aufsichtsproblem des Staates zu: Vor allem Grossunternehmen, die das gesamte wirtschaftliche Leben eines Staates stark mitbestimmen, müssen sich eine Kontrolle ihrer Aktivität gefallen lassen, damit sie nicht dem Gemeinwohl widersprechen oder es überspielen. Das gilt in gleicher Weise für die privaten und öffentlichen Unternehmungen.

Eigentumsstreuung - beste Sicherung der Freiheit

Dem Recht auf privates, immer sozial gebundenes Sondereigentum wird traditionellerweise ein sehr positives Wort gesprochen, und zwar unter besonderem gesellschaftspolitischen und politischem Aspekt. Wo politische Herrschaftssysteme das Recht auf privates Eigentum, auch an Produktionsgütern bestreiten, da wird unverzüglich die gesellschaftliche und politische Freiheit unterdrückt oder sogar ganz erstickt. Andererseits beabsichtigt die Kirche keineswegs, einfachhin den gegenwärtigen Zustand der Eigentumsverteilung aufrecht zu erhalten, als sehe sie darin einen Ausdruck des göttlichen Willens; noch deckt sie grundsätzlich den Reichen und Plutokraten gegen den Armen und Besitzlosen. Die primitivste Forderung in diesem Zusammenhang ist eine Erhöhung des Arbeitslohnes im Masse wachsender Erträge der Wirtschaft. Wirksame weitere Streuung des Eigentums ist dringend anzustreben. Sie ist eines der vornehmsten Ziele der Sozialpolitik.

Demgegenüber wird aber auch betont, dass der Staat und andere öffentliche Rechtsträger rechtmässig Produktionsmittel als Eigentum besitzen können. Ganz besonders dann, wenn sie eine so grosse wirtschaftliche Macht mit sich bringen, dass man sie nicht der privaten Hand überlassen kann, ohne Gefahr für das Gemeinwohl. Die wirtschaftliche Initiative des Staates und andere öffentliche Gebilde des Rechtes muss einer wachen, beständigen Aufsicht unterstellt werden. Es dürfen sich bei ihnen keine wirtschaftlichen Machtkonzentrationen bilden, die das Wohl des Staates selbst, die gesellschaftliche Balance und die politische Freiheit gefährden.

Landwirtschaftsförderung - Entwicklungshilfe

In einem ausführlichen Kapitel beschäftigt sich der Papst mit der besonderen Lage der Landwirtschaft in ihrem Verhältnis zur Industrie und zu den Dienstleistungen. Man kann nicht sagen, dass ihm dabei ausschließlich die italienischen Verhältnisse vor Augen gestanden hätten. Alle heutigen Mittel und Wege, vor allem struktureller Art, die heute auf diesem Gebiet diskutiert und praktiziert werden, stehen ihm dabei vor Augen. Neben der technischen Seite betont er besonders die Bedeutung des Genossenschaftswesens.

Einen wichtigen Vorstoss macht die Enzyklika auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Von allen Seiten her wird sie moralisch, wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch und im Weltmaßstab politisch begründet. Die entscheidende Warnung lautet, dass es auf keinen Fall auf dem Wege der Entwicklungshilfe zu einem neuen Kolonialismus und einem noch nie dagewesenen Imperialismus kommen dürfe. Die wirtschaftlich und politisch starken Länder werden eindringlichst vermahnt. + + + - 4 -

Gegen die Hetzer!

Die Österreichischen Sozialisten und Südtirol

Von Oskar Pollack

Chefredakteur der "Arbeiter-Zeitung" - Wien

Man kann nicht sagen, dass die Italiener recht haben: Denn die Verhängung des Visumzwanges gegenüber Österreichern ist eine unfreundliche, plumpe und vor allem sinnlose Massnahme. Sie trifft ja, wie schon gesagt wurde, gerade jene Österreicher, die Italien wohlgesinnt sind und dorthin auf Urlaub fahren wollen. Die Attentäter, falls wirklich aus Österreich kommen, trifft sie bestimmt nicht.

Aber andererseits muss man zugeben, dass auf italienischer Seite eine Geste der Abwehr - vielleicht eine unüberlegte - durchaus verständlich war. Kein Land lässt sich seine für den Fremdenverkehr wichtigsten Eisenbahnlinien zertrümmern, ohne eine solche Abwehrbewegung zu machen; und dass die Sprengstoffattentate sogar auf die Bahnlinien in der benachbarten friedlichen Schweiz ausgedehnt wurden, macht die Sache nur schlimmer. Zum Glück hat die Schweiz nicht ebenso heftig reagiert wie Italien; zumindest nicht mit der Annahme, dass die Attentäter unbedingt Österreicher oder Südtiroler sein müssen. Wie, wenn es doch italienische faschistische Provokateure wären, die das Feuer, den Hass, weiter schüren wollen?

Denn das ist nun auf jeden Fall das Ergebnis der höchst bedauerlichen Zwischenfälle: geschürtes Feuer, gesteigertes Misstrauen von beiden Seiten, erschwerte Verständigung. Italien hat wenig Nutzen davon, denn schliesslich kommen doch weniger Fremde, wenn durch Sprengungen oder durch Visumvorschriften irgendwo das Reisen erschwert wird. Österreich hat nur Schaden, denn wenn wir auch mit gutem Gewissen jeden Schuldvorwurf von uns weisen können, wird dennoch unser Eintreten für eine Sache erschwert, die mit Gewalttaten und Sabotageakten in Verbindung gebracht und durch sie diskreditiert wird. Den ärgsten Schaden aber hat Südtirol selbst.

Wir sagen es nicht zum erstenmal: Soll irgend etwas in Sinne der gerechten Forderungen der Südtiroler erreicht werden, dann bedarf die Sache Südtirols unbedingt internationaler Unterstützung. Aber keine einzige Hand, keine einzige Stimme ist international für eine Sache zu haben, die - mitten in Europa - mit dem Begriff von Bomben und Sprengstoff verknüpft ist. Keine Stimme in Europa: Denn wenn die Wiedereinführung von Pass- und Visaschikanen zweifellos ein Rückschlag für die europäische Einigung ist, so sind Anschläge auf Eisenbahnlinien nichts anderes als ein Zurückfallen in Bürgerkriegsmethoden und Balkanisierung. Und keine Stimme auch ausserhalb Europas - es sei denn vielleicht von jenen, von denen wir es gar nicht wünschen.

Wir in der Redaktion der Arbeiter-Zeitung haben schon auf Grund unserer bisherigen Stellungnahme in der Südtirolfrage, auf Grund unserer Artikel gegen Hass und Extremismus auf beiden Seiten jeweils zweierlei Arten von Zuschriften und Anrufen bekommen: Die einen, die uns mangelnden Eifer für die Sache Südtirols, ja Mangel an Patriotismus und geradezu Verrat vorwarfen; die anderen, die uns ermahnten, den nationalistischen Hetzern nicht nachzugeben, ja uns geradezu beschuldigten, zu lau in der Abwehr dieser Hetze zu sein. Dasselbe hat sich Mittwoch früh nach dem Bekanntwerden der Verhängung der italienischen Visumvorschrift wiederholt; die Anrufe wurden dringender, die Briefe schärfer.

Nun wir sind gewiss nicht schuld an all dem Bösen, das sich ereignet hat. Und in dem sicheren Gefühl, dass die Republik Österreich keine treueren Anhänger und der Faschismus aller Spielarten keine erprobteren Gegner hat als die österreichischen Sozialisten - in dieser stolzen Gewissheit sahen wir es noch einmal: Wir brauchen in Österreich, auch bei der legitimen Vertretung der Interessen der Südtiroler, keine Heckenschützenhilfe durch Extremisten oder Sprengstoffattentäter irgendwelcher Couleur. Ob sie sich Tiroler Radikale nennen oder in Wahrheit Deutschnationalen und Nazis oder italienische Nationalisten und Faschisten sind, ist uns ganz egal. Wir wollen sie nicht und ihre Methoden nicht! und werden es mit jedem vernünftigen, verständigungsbereiten Italiener gegen jeden unvernünftigen Hetzer halten - auch wenn er in Innsbruck sitzt. Wir verteidigen damit Österreichs internationale Stellung und seinen guten Ruf - unschätzbare Hilfen gerade für Südtirol! - gegen alle Gewaltakte und Anschläge. Wir verteidigen damit das Ansehen unserer Republik und die Idee der friedlichen, demokratischen Verständigung zwischen den Völkern.

* * *

Selbstenthüllung

sp - Der "Gesandte" Gerhard Kegel, der als einer der führenden Aussenpolitiker des SED-Zentralkomitees gilt, hat es im ostzonalen Fernsehen ausgesprochen: die SED richtet sich auf eine Spaltung Deutschlands "für hundert Jahre oder länger" ein, das heisst also, sie wird ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, den inneren Zusammenhang der deutschen Nation völlig zu zerreißen. Diese Absicht ist zwar nicht neu, sie wurde aber noch niemals so brutal ausgesprochen. Diktaturen nehmen gern die kommenden Jahrzehnte und Jahrhunderte für sich als Bundesgenossen in Anspruch, auch ein Hitler hat es getan, er rechnete sogar mit 1000 Jahren. Die Geschichte tat ihm nicht den Gefallen, sie liess sein Reich nur 12 Jahre bestehen und es in Schutt und Asche untergehen. Die SED rechnet im Vergleich zu ihrem braunen Vorgänger nur mit einem Zehntel der Zeit, sie begnügt sich mit hundert Jahren. Dennoch ist es ein frevelhafter Hochmut ohne gleichen, geht er doch von der irrürlichen Annahme aus, die Sehnsucht des Menschen nach etwas mehr Freiheit und Gerechtigkeit lasse sich für mehrere Generationen unterdrücken. Wie stark heute nach fast 16-jähriger SED-Herrschaft in Mitteldeutschland dieses Verlangen der Menschen ist, können die Diktatoren der Zone an dem täglich sich vermehrenden Flüchtlingsstrom ablesen. Dennoch ist die Drohung des Herrn Kegel nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, hinter ihr steht die Weltmacht Sowjetunion, die es darauf angelegt hat, ein Volk von 70 Millionen in dauernder Spaltung zu halten und ihm das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Die mächtigen Männer des Kreml verleugnen dabei die Prinzipien ihrer eigenen bolschewistischen Revolution. Sie werden auf dem Altar eines neurussischen Imperialismus geopfert, der sich von den Imperialismen vergangener Zeiten freilich nur mit dem Unterschied abhebt, dass er unter dem Deckmantel der "friedlichen Koexistenz" auftritt. In Kegel und seinen Gefährten findet er willfährige Weggenossen. Moskau hat seine eigenen Quislinge liquidiert, soweit sie Russen waren, aber nicht-russische Quislinge bevorzugt es gern an seinem Tisch.

+ + +

Dortmunder Kleinholz

Von Franz Barsig

"Die politischen Auseinandersetzungen der Parteien sollen von ritterlichen Kampf geprägt sein, der der Sache gilt und der Person die schuldige Achtung entgegenbringt. Zweifellos verlangt der Wahlkampf eine gewisse Härte und Unnachgiebigkeit, aber gefährlich für den Bestand der Demokratie wird es, wenn die politischen Gegner nicht mehr ausdrücklich die Meinung und Ziele des anderen bekämpfen, sondern die Lauterkeit seiner Gesinnung und Ehrlichkeit seines Bemühens in Frage stellen."

Bundespräsident Lübke vor der
Evangelischen Akademie Tutzing.

An diesem Wochenende wurde Politik gemacht. Sie war für uns bitter, wenn man das betrachtet, was im Osten geschah; sie war hoffnungsvoll, wenn man manche Nachrichten prüft, die aus Washington kommen. Bitter war beispielsweise der Beschluss von sechs Evangelischen Landeskirchen der sowjetischen Besatzungszone, die vorbereitenden Komitees für den Evangelischen Kirchentag in Berlin aufzulösen und der Beschluss mehrerer Bischöfe, nicht nach Berlin zu reisen, um ihre Gläubigen nicht der Gewissennot auf der einen Seite und den drakonischen Massnahmen der Machthaber der Zone auszusetzen. Menschlich noch bedrückender ist die Tatsache, dass in einem halben Monat über 10 000 Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone fliehen mussten und allein an diesem Wochenende 3000 Menschen Heimat, Hab und Gut im Stiche lassen mussten, nur um wieder frei atmen zu können.

Als Politikern man auch den Beschluss der amerikanischen Regierung - diesmal im positiven Sinne - bezeichnen, ein Berlin-Weissbuch herauszugeben und damit eine weltweite Aufklärungskampagne zu beginnen. Wahrscheinlich hat die amerikanische Regierung sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem die Bundesregierung immer noch nicht begriffen hat, dass es in den kommenden Monaten gilt, für die Freiheit auch Aufklärungsarbeit zu leisten.

Das, was sich in Dortmund ereignet hat, verdient den Namen Politik nicht. Das waren Holzhackerei und alte Kamellen. Diese Klamaukveranstaltung wurde nicht eine Minute dem gerecht, was der Herr Bundespräsident noch vor wenigen Tagen in Tutzing für den Wahlkampf gefordert hat.

Aber wer sich verkrampft, der sorgt auch für unfreiwilligen Humor. Glaubte noch in der Eröffnungsrede Herr Dufhues den blauen Himmel lächerlich machen zu können, so forderte wenig später Herr Adenauer dazu auf, der gefährlichen Luftverschmutzung im Revier Herr zu werden. Und mit Pathos sagte er wörtlich: "Unter allen Umständen müssen Anlagen geschaffen werden, die die Verpestung der Luft verhindern."

Überhaupt wurde Abschreiben gross geschrieben. Nicht in einem einzigen Punkte wurde die Notwendigkeit des sozialdemokratischen Regierungsprogramms bestritten, es wurde nur verketzert, um später ein Grossteil dieser Einzelorderungen wieder aufzunehmen.

Der wirklichen politischen Lage des deutschen Volkes wurde Dortmund nicht gerecht. Aber nun geht der Urlaubs-Kanzler ja wieder nach Cadenabbia und so wird das deutsche Volk wenigstens für zehn oder zwölf Tage inneren Frieden bekommen.

PS: Übrigens sprach auch Herr Erhard in Dortmund. Aber er versteht ja laut Adenauer nichts von der Politik...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel